

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 2 + 34. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 14. Januar 1933

## Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Von Dr. Gerek, Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung

Zu dieser Schicksalsfrage unseres Volkes äußert sich der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung im „Heimatdienst“ Nr. 1 d. J. Unter Weglassung von mehr allgemeinen Gedankengängen lassen wir das Nachstehende folgen (Red.).

Die Massenarbeitslosigkeit drückt nicht nur Deutschland, sondern der gesamten Welt ihren Stempel auf. Nach den letzten Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf sind in der Welt gegenwärtig etwa 24 Millionen Arbeitslose vorhanden, zu deren Unterstützung bisher rund 84 Milliarden Mark aufgebracht werden mußten.

Die Gründe für die Massenarbeitslosigkeit in der Welt sind nicht auf einen Nenner zu bringen. Eine der Hauptursachen liegt aber zweifellos in dem Weltkrieg folgenden Friedensdiktaten und dem scharfen Wirtschaftskampf in den Nachkriegsjahren.

So sehr man darauf bedacht sein muß, in Zusammenarbeit mit anderen Ländern die Hemmungen zu beseitigen, die jetzt den Kreislauf der Weltwirtschaft stören, so sehr ist es andererseits eine deutsche Aufgabe, die notwendige Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Stadt und Land herbeizuführen. Diese Aufgabe steht im engen Zusammenhang mit allen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland ergriffen werden müssen.

Die Stats unserer öffentlichen Körperschaften waren in den Jahren nach der Stabilisierung der Mark zweifellos ungesund aufgebläht. Die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit ließ eine Gesundung und Bereinigung unserer öffentlichen Stats nicht zu. So notwendig eine Kürzung der Ausgaben unserer Stats war, so sehr überstürzte sich dann das Tempo. War es zwar notwendig und richtig, auf gewisse Neuanlagen zu verzichten, die in den Jahren 1924 bis 1929 besonders dem Ausland ein völlig falsches Bild unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gegeben haben, so war das Maß vernünftiger Sparbarkeit überschritten, als auch die I a u f e n d e S a c h a u s g a b e n in den öffentlichen Stats entweder gestrichen oder nicht mehr ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt wurden, weil man sie für Wohlfahrtsunterstützungen brauchte. Die mannigfachen Z e h l i n v e s t i t i o n e n, die die öffentliche Hand 1924 bis 1929 vorgenommen hat, haben leider in einem Teil der Öffentlichkeit zu der irrigen Auffassung geführt, als seien die Sachausgaben, insbesondere der Gemeinden, Verschwendung von Steuergeldern und ein Einbruch in die Privatwirtschaft. Demgegenüber steht fest, daß die öffentliche Hand zu jeder Zeit umfangreiche Sachausgaben für Straßen- und Wegeunterhaltung, Brückenunterhaltung, Unterhaltung und Ausbau ihrer Gebäude, Materialbeschaffung usw. gehabt hat, auf die eine ordnungsgemäße Verwaltung nicht verzichten kann. Diese Ausgaben sind zum weitaus überwiegenden Teil der Privatwirtschaft zugute gekommen.

Welche Größenverschiebungen in den öffentlichen Ausgaben in den letzten Jahren eingetreten sind, ergibt sich sehr klar bei der Straßenunterhaltung und dem Straßenbau. Im Jahre 1929 wurden für die normale Unterhaltung (reine Sachausgaben und Löhne) der Landstraßen der Länder, Provinzen, Gemeinden und Gemeindeverbände 325 Millionen Mark aufgewandt. Im Jahre 1932 dagegen stehen für Straßenbau vielleicht 300 Millionen Reichsmark zur Verfügung, also eine Summe für die gesamte Straßenunterhaltung sowie den Umbau und Neubau, die nicht einmal mehr die laufenden normalen Unterhaltungskosten deckt.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit, gerade im Interesse der Privatwirtschaft die direkten Sachausgaben der öffentlichen Hand nach Möglichkeit wiederherzustellen und auch indirekt der Wirtschaft jede nur mögliche Entlastung und Anregung zuteil werden zu lassen, hat sich in diesem Jahre überall durchgesetzt.

Bewilligungen für Arbeiten an Land- und Wasserstraßen, landwirtschaftlichen Meliorationen und anderen Zwecken sind im Umfang von 342 Millionen

Mark erfolgt. Außerdem sind für vorstädtische Kleinsiedlungen und die Schaffung von Kleingärten im Jahre 1932 73 Millionen Mark bereitgestellt und damit über 26 000 Siedlerstellen und über 74 000 Kleingärten geschaffen worden. Weitere 10 Millionen Mark gelangen zur Verteilung. Ferner sind auf Grund eines Beschlusses der Reichsregierung zur Förderung des Eigenheimbaues in den Haushaltsjahren 1933/34 = 20 Millionen Mark bereitgestellt worden, aus denen schon jetzt kleine Hypotheken zum Bau von Eigenheimen zugesagt werden können. Bei einem durchschnittlichen Darlehen von 1500 Mark werden etwa 13 000 Eigenheime gefördert. Durch den Zwang für den Bauherrn, die übrigen Kosten selbst zu tragen, wird ein Arbeitseffekt von rund 100 Millionen Mark erzielt. Zur Instandsetzung von Wohngebäuden, Teilung von Wohnungen usw. waren Reichszuschüsse in Höhe von 50 Millionen Mark bereitgestellt. Da über diese Zuschüsse in kurzer Zeit verfügt wurde, habe ich sichergestellt, daß zunächst mindestens weitere 50 Millionen Mark bereitgestellt werden. Der tatsächliche Arbeitseffekt übersteigt auch hier die Reichszuschüsse bei weitem, da der Hausbesitzer das Mehrfache aus eigenen Mitteln beiträgt. Im Rahmen der Arbeiten der öffentlichen Hand bedarf dann das Programm der Reichsbahn in Höhe von 280 Millionen Mark und der Reichspost in Höhe von 60 Millionen Mark besonderer Erwähnung. Für die bäuerliche Siedlung werden im Jahre 1933 zunächst 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Neben diesen Maßnahmen, bei denen es sich zum Teil nicht um direkte öffentliche Arbeitsbeschaffung handelt, läuft nun das öffentliche Sofortprogramm in Höhe von 500 Millionen Mark. Dieses Sofortprogramm geht von dem Grundsatz aus, daß es gerade in Krisenzeiten, wie den heutigen, Pflicht der öffentlichen Hand ist, der Privatwirtschaft neben der notwendigen steuerlichen Entlastung jede nur mögliche Unterstützung durch Arbeitsaufträge angedeihen zu lassen. Jeglicher Anreiz zur Mehrproduktion wird nur dann volle Auswirkung haben können, wenn für die Wirtschaft die Hauptfrage, nämlich die des Absatzes, positiv geklärt ist. Das Sofortprogramm soll den öffentlichen Körperschaften verschiedener Art, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Kreisen, Provinzen, Ländern, Genossenschaften mit öffentlich-rechtlichem Charakter, die Möglichkeit geben, einen Kredit aufzunehmen, um volkswirtschaftlich wichtige Arbeiten, die sie zu normalen Zeiten unbedingt durchgeführt hätten, in Auftrag zu geben. Die Auswahl der Arbeitsprojekte soll nicht schematisch von einer Zentrale her erfolgen, sondern die öffentlichen Körperschaften sollen nach dem Grundsatz gesunder Dezentralisation von sich aus beschließen, welche Arbeiten sie durchführen wollen. Dem Reichskommissar für

So sehr es den deutschen Arbeiter nach Arbeit und Brot verlangt, so leidenschaftlich hält er fest an der Würde und Freiheit als Mensch und Staatsbürger, die ihm seine Gewerkschaft erkämpft. Das muß eine Regierung wissen, die für Deutschland ein Aufwärts will...

Das ganze deutsche Volk mit seinem sozialen Willen, das ist die aufbauwillige nationale Kraft. Wer sie entdecken will, wer sie nutzbar machen will, muß von der sozialen Gerechtigkeit herkommen. In den Kämpfen 1932 ist zum Teil ein freventliches Spiel getrieben mit dieser aufbauwilligen nationalen Kraft. Nie ist den oberflächlichen nationalen Schreibern jowiel Ehre angetan wie im Jahre 1932. Nie ist dem freien nationalen Arbeiter jowiel Unrecht geschehen wie im Jahre 1932. 1933 muß die Rinde bringen. Der nationale Aufbauwille von oben muß sich finden mit dem sozialen Freiheitswillen von unten. Dann wird der Weg frei für ein neues deutsches Volkstum in einem starken deutschen Staat.

Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 1 1933.

Arbeitsbeschaffung liegt es ob, in enger Fühlungnahme mit den zuständigen Reichsstellen und den Kreditinstituten, die in das Projekt eingeschaltet werden, darüber zu wachen, daß nur volkswirtschaftlich wichtige Arbeiten durchgeführt werden. Durch enge Fühlungnahme mit der Reichsbank ist von vornherein gesichert worden, daß die Finanzierung des Sofortprogramms in einer Weise geschieht, die für die Währung keinerlei Gefahren in sich birgt.

Die Laufzeit der Darlehen soll der voraussichtlichen Lebensdauer der zu erstellenden Anlagen angepaßt werden. Die Darlehen sollen von den Darlehensnehmern in gleichen Raten getilgt werden. Bei einer Tilgungszeit von beispielsweise zwanzig Jahren beträgt die Rente jährlich 6 v. H. des Darlehens. Bei längerer oder kürzerer Tilgungszeit tritt eine entsprechende Verminderung oder Erhöhung der Rente ein. Die übrigen Kosten des Kapitaldienstes trägt das Reich. Außerdem werden zwei Freijahre vorgesehen. In Ausnahmefällen kann eine Verlängerung um ein Jahr zugestanden werden. Bei werbenden Anlagen, also zum Beispiel Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, sollen dagegen die normalen Zins- und Tilgungslasten aufgebracht werden.

Die Bedingungen für die Kredite müssen so gestaltet sein, daß sie auch den in schwerer Bedrängnis befindlichen Kommunen die Möglichkeit geben, im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Kredite aufzunehmen. Die Not der Arbeitslosen zwingt uns, beschleunigt mit den Arbeiten zu beginnen. Wie denkt man sich sonst überhaupt eine Sanierung der Haushalte der Kommunen, wenn die heutigen Wohlfahrtslasten bleiben? Sie sind ja doch der entscheidende Faktor, der allmählich jede ordnungsmäßige Haushaltsführung der Gemeinden unmöglich gemacht hat.

Die von mir oben geschilderten Arbeiten zeigen schon, daß ich keinesfalls Notstandsarbeiten oder im herkömmlichen Sinne „zusätzliche“ Arbeiten vertritt, sondern die Wiederdurchführung regulärer Arbeiten der öffentlichen Hand, für die die Arbeitskräfte zu normalem Lohn herangezogen werden müssen. Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung haben wir gegenwärtig eine Arbeitslosigkeit von mehr als sieben Millionen Menschen. Zusammen mit den Angehörigen der Erwerbslosen leben rund fünfzehn Millionen Deutscher von öffentlichen Unterstützungen, belasten damit nicht nur die öffentlichen Stats, sondern fallen auch für den Konsum weitgehend aus. Es ist deshalb von Anfang an mein Bestreben gewesen, der Wirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen, daß die Wirtschaft nur wieder belebt werden kann, wenn möglichst viele Arbeitslose zu vollem Lohn eingestellt werden, damit wir wieder jene Kaufkraft herstellen, die wir zur Verbesserung des Absatzes von Landwirtschaft und Industrie dringend brauchen. Gerade die Bemühungen zur Verbesserung der Lage unserer Landwirtschaft werden nur dann von vollem Erfolg gekrönt sein, wenn die große Masse der Verbraucher in ihrer Kaufkraft wieder gestärkt ist.

Der Forderung nach einem umfassenden Plan, nach dem auf Jahre hinaus gearbeitet werden kann, ist entgegenzuhalten, daß der hierdurch entstehende Zeitverlust bei der Not unserer Erwerbslosen sowie der schwierigen Lage der Wirtschaft und der öffentlichen Hand nicht zu verantworten war.

Es gilt jetzt, überhaupt erst einmal Hand anzulegen und einen Anfang zu machen. Deshalb habe ich als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung zunächst bemüht ein Sofortprogramm aufgestellt, schon weil ich der Überzeugung bin, daß man nach der Durchführung dieses Programms weitere Erfahrungen gesammelt haben wird, die eine Fortsetzung des richtigen Weges erleichtern werden.

Ich weiß, daß die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, ungeheuer groß sind. Ich habe aber das feste Vertrauen, daß sich in dieser nationalen Frage, die keine Angelegenheit der Parteipolitik ist und sein darf, alle verantwortungsbewußten Deutschen zusammenfinden in dem feiten Willen, mitzubelfen, soweit es irgendwie in ihren Kräften steht, um das erstrebte Ziel zu erreichen: Sicherung des sozialen Friedens und Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft!

# Wieviel Lohnsteuer muß ich zahlen?

In früheren Jahren hatten wir die Möglichkeit, am Jahresabschluss die etwa im Laufe des Jahres zuviel gezahlten Lohnsteuern zurückzufordern. Diese Möglichkeit ist leider, wie auch schon im vorigen Jahr, nicht mehr gegeben. Um so mehr ist es notwendig, alle Möglichkeiten zu prüfen, wie bei der gedrückten Lage, in der sich fast alle befinden, Steuerersparnisse erzielt werden können. Wir haben alle dieser Tage die Steuerkarte zugestellt bekommen. Sie enthält die Angaben, auf Grund derer der Arbeitgeber die Lohnsteuer zu berechnen, vom Lohn abzuziehen und an die Steuerbehörde abzuführen hat. Wichtig ist es daher, zu prüfen, ob die Eintragungen in der Steuerkarte den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, insbesondere ob die Eintragungen über den Familienstand richtig sind. Etwa notwendige Berichtigungen darf der einzelne Steuerzahler aber nicht selbst vornehmen, sondern er muß sie durch die Steuerbehörde vornehmen lassen.

Wenn keine sonstigen Bemerkungen auf der Steuerkarte sich befinden, hat der Arbeitgeber die Lohnsteuer in der Weise zu berechnen, daß zunächst 100,— RM. monatlich bzw. 24,— RM. wöchentlich steuerfrei sind, weiter 10,— RM. monatlich bzw. 2,40 RM. wöchentlich für die Ehefrau, 10,— RM. bzw. 2,40 RM. für das 1. Kind, 20,— bzw. 4,80 RM. für das 2. Kind, 40,— RM. bzw. 9,60 RM. für das 3. Kind, 60,— RM. bzw. 14,40 RM. für das 4. Kind, 80,— bzw. 19,20 RM. für das 5. und jedes folgende Kind. Es besteht aber die Möglichkeit, das steuerfreie Einkommen durch die Behörde heraufsetzen zu lassen, wenn besondere Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Die erstgenannten 100,— RM. steuerfreies Einkommen setzen sich zusammen aus 60,— RM. monatlich bzw. 14,40 RM. wöchentlich, die als steuerfreies Existenzminimum an angesehen werden, und 40,— RM. monatlich bzw. 9,60 RM. wöchentlich für Werbungskosten und Sonderleistungen. Diese letzteren Beträge können erhöht werden:

1. wenn besondere wirtschaftliche Verhältnisse bei dem Steuerpflichtigen vorliegen, kann das steuerfreie Existenzminimum über 60,— RM. hinaus erhöht werden. Nach dem Einkommensteuergesetz können dabei berücksichtigt werden: Unterhalt und Erziehung einschließlich Berufsausbildung der Kinder; geistliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, auch wenn sie nicht zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählen; Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle; besondere Anwendungen im Haushalt, die durch Erwerbstätigkeit einer Witwe mit minderjährigen Kindern veranlaßt worden sind. Voraussetzung dafür, daß das Finanzamt eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums vornimmt, ist ein Antrag des Steuerpflichtigen, in dem er die Einzelheiten seiner besonderen Belastung nachweist, möglichst an Hand von Belegen. Wie weit die Finanzbehörden eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums vornehmen will, liegt in ihrem Ermessen. Man hat gegen den Bescheid das Recht des Einspruchs.

2. Ebenso können die Werbungskosten und Sonderleistungen seitens der Steuerbehörde erhöht werden, wenn sie tatsächlich höher liegen als zusammen 40,— RM. Unter Werbungskosten versteht man die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte, im einzelnen: Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung und Instandhaltung von Werkzeugen, für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung. Ebenfalls gehören hierher die Unterhaltungskosten für ein Fahrrad oder Motorrad, wenn es für den Weg zur Arbeitsstätte gebraucht wird.

Als steuerfreie Sonderleistungen gelten alle Pflichtbeiträge zu den Sozialversicherungen (nicht die Abgaben zur Arbeitslosenhilfe), freiwillige Versicherungsbeiträge (Witwen-, Waisen-, Pensions- und Sterbefällen), Privatrentenkassen, Lebensversicherungen, Haft- oder Unfallversicherung, ferner Aufwendungen für die berufliche Fortbildung, Gewerkschaftsbeiträge, Kirchensteuern. Dabei können bei den Sozialversicherungsbeiträgen, freiwilligen Versicherungen und Lebensversicherungen auch die Aufwendungen angezählt werden, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsangehörigen macht. Die Steuerbehörde muß den steuerfreien Betrag für Werbungskosten und Sonderleistungen um den Betrag erhöhen, der über 40,— RM. hinausgeht. Es ist aber ein besonderer Antrag zu stellen, dem die notwendigen Belege beizufügen sind.

Von Wichtigkeit ist besonders auch, daß alle Einkünfte, die nicht als Einkommen gelten können (sogenannte Aufwandsrückstellungen), selbstverständlich von der Lohnsteuer frei sind. Unter Aufwandsrückstellungen sind solche Entschädigungen zu verstehen, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für den Aufwand zahlt, der dem Arbeitnehmer bei seiner Arbeit entfällt. Das sind Entschädigungen für Nebenarbeiten, Verpflegung bei auswärtigen beruflichen Anwesenheiten (im anderen Tarifverträgen oft Auslösung genannt), Reisekosten, Vergütung d. h. m. Diese Entschädigungen müssen jedoch ausdrücklich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, entweder im Einzelvertrag oder durch Tarifvertrag vereinbart sein und als besondere Beiträge neben dem Lohn gezahlt werden. In diesem Zusammenhang mag darauf hingewiesen werden, darauf zu achten, daß diese Aufwandsbeiträge auf

der Lohnhöhe nicht in den allgemeinen Lohnbetrag, sondern gesondert angeführt sind.

Anträge auf Erhöhung des steuerfreien Einkommens können jederzeit gemacht werden. Jedoch ist anzuraten, den Antrag sofort zu Beginn des Jahres zu stellen, da erst die Erhöhung vom Tage der Genehmigung ab stattfindet. Eine rückwirkende Kraft für zurückliegende Lohnzahlungen hat die Genehmigung nicht.

## Giftfröten

Seit Bestehen einer selbständigen Arbeiterbewegung gibt es Kreise und Presseorgane, die durch Appell an niedrige Instinkte deren Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Mitbestimmung lähmen wollen. Die christliche Arbeiterbewegung hat stets in besonderer Weise die Aufmerksamkeit dieser Kreise auf sich gezogen. Das war verständlich. Ihre geistigen Grundlagen, ihre Hinweise auf die im Staats- und Gesellschaftsleben unbedingt notwendigen Klammern von Gerechtigkeit, Liebe und Verantwortung waren den Kreisen der liberalen Geldwirtschaftler besonders unbequem. Man hat sich zu gewissen Zeit nicht geheut, unter verschiedener Aufmachung gleiche Tendenzen durch die Unternehmer- und farblose Presse und auch durch sozialistische Pressekanäle zu betreiben. Im letzten Jahr schrieb im Auftrag dieser Kreise ein gewisser S o l t e r m a n n eine Broschüre gegen die christlichen Gewerkschaften, worin mit offensichtlich falschen Zitaten über Veräpferungen der Führer des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter gearbeitet wurde. Auf die Finger geklopft, vor die Gerichte zitiert, spielte man den Hamleten, ja den Beleidigten. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter steht in einem besonders schwierigen Kampf. Er hat die Lebensinteressen der schwerarbeitenden, täglich unter Todesgefahren stehenden Arbeiter des Bergbaues zu vertreten. Die Arbeitgeber dieses Wirtschaftsbereichs heuten die der Allgemeinheit gehörenden Bodenschätze aus. Von den sich hieraus ergebenden besonderen sittlichen Verpflichtungen gegen die Allgemeinheit wollen sie am wenigsten wissen. Die Entwaldung in der deutschen Wirtschaft, besonders die überstürzte Rationalisierung der letzten Jahre bei mangelnder Pflege des Abfallgebietes, die Schädigung des deutschen Erzbergbaues durch den Bezug schwedischer Erze, hat die Erkenntnis reifen lassen, daß auf die Dauer die heutigen Rechtsverhältnisse an den Erdschätzen dem Volksbedürfnis und dem Volksempfinden nicht mehr entsprechen. Der Vorsitzende unseres Bruderverbandes, Kollege I m b u s c h, hat seit Jahren in scharfer, aber sachlicher Weise die Forderung auf Ueberführung des Bergbaues in den Besitz der Allgemeinheit vertreten. Das ist eine Todsünde wider den Geist des ungehemmten Eigentumsbegriffes. Imbusch und seine Organisation haben des weiteren die besonders gehäufte Fälle einer überstürzten und verteuerten Rationalisierung und anderer falscher Geldanlagen wiederholt scharf beleuchtet. Hinter ihren grundsätzlichen Forderungen steht die gesamte christliche Arbeiterschaft. Der Kreis der „Namenlosen“, der an Kugeln, Aktien und anderem jederzeit veräußerlichem Wirtschaftsgut interessiert ist, versucht nun, die von ihnen mitheraufbeschworene Notzeit dazu zu benutzen, Mißtrauen zwischen der Verbandsleitung und den Mitgliedern zu säen. Der einsichtige Teil der Arbeiterschaft weiß, daß beim Unternehmerrisiko neben dem Gewinn auch einmal unverzichtbarer Verlust liegen kann. Er weiß auch, daß Gewerkschaftsgelder nicht ausschließlich auf häßlichen Sparkassen liegen können, daß sie vielmehr teilweise in Pfandbriefen und auch andern wirtschaftlichen Werten angelegt werden müssen. Daß dabei auch einmal Unfälle passieren können, kann höchstens von einem betriebsengen Gelben oder

einem organisationsunbefümmerten Kommunisten anders gewertet werden. Es ist ja gerade die peinliche Sorge der eben beschriebenen Kreise, daß die Gewerkschaftsgelder auch direkt im Wirtschaftsprozess zur Befreiung der Arbeiterschaft aus unwürdigen Verhältnissen eingesetzt werden sollen. Und nun werden einige Fälle, wo gerade Direktoren kapitalistisch eingestellter Banken finanzielle Unfälle verschuldet haben, die in diesem Falle auch dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter einen Betrag momentan nicht greifbar machen, zu einer üblen Heze benutzt. Man spekuliert auf die Urteilslosigkeit in wirtschaftlichen Dingen, auf die aus der persönlichen Not leicht überspringende Gereiztheit. Man will Personen und Gewerkschaftsleitungen unmöglich machen, die den Kampf gegen eine hemmungslose Ausnutzung des Eigentums der Allgemeinheit betreiben. Dieses Ziel wird nicht erreicht werden. Die Spekulation auf Dummheit und Gereiztheit wird fehlschlagen. — Der Kampf erfährt seine besondere Beleuchtung dadurch, daß die Blätter der Unternehmer, der Gelben und der Kommunisten in einträchtiger Harmonie zusammenwirken. Es ist bezeichnend für diese Kreise, die sich sonst nicht riechen können, daß sie so wenig soziales Reinlichkeitsgefühl haben. Es ist besonders bezeichnend für die in Frage kommenden Arbeitgeberkreise, daß sie sich mit den Kommunisten in einer Linie gegen christliche Arbeiterführer befinden. Die Ablenkungsmanöver zugunsten einer unverantwortlichen Wirtschaftspolitik, zugunsten des Raubrittertums à la Laufen, Fadag, Kagenellenbogen und einer Galerie weiterer Größen, nicht zuletzt auch hinsichtlich der politischen Bestrebungen, die unter Herrn von Papen stärker in die Öffentlichkeit getreten sind, werden nicht gelingen. Haltet den Dieb! hat mancher schon geschrien, dem der Arm der Gerechtigkeit unbequem wurde.

## Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms

In Anlehnung an die auf der ersten Seite wiedergegebenen Ausführungen des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung sind am 7. Januar die Durchführungsbestimmungen für die Arbeitsbeschaffung bekanntgegeben worden. Wir beschränken uns bei der Wiedergabe auf die Bestimmungen, die von allgemeinem Interesse sind.

Es sind für das Sofortprogramm zunächst 500 Millionen Mark, wie bereits bekannt, zur Verfügung gestellt worden. Die Kredite werden den Trägern der Arbeit auf besonderen Antrag von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten oder der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt gewährt. Gegen ablehnenden Bescheid hat der Reichskommissar das Einspruchsrecht. Träger der Arbeit können nur Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie gemischt-wirtschaftliche Unternehmen sein. Die Arbeiten sollen aber möglichst nicht durch die Träger der Arbeit selbst ausgeführt werden. Grundsätzlich ist die Vergabe der Arbeiten an Unternehmer vorgezogen, und zwar sollen die Arbeiten ausgeschrieben werden. Die Berücksichtigung der mittleren und kleineren Betriebe ist besonders hervorgehoben.

Voraussetzung dafür, daß die Arbeiten überhaupt genehmigt werden können, ist, daß sie

1. für die Volkswirtschaft wertvoll sind,
2. möglichst im Laufe des Jahres 1933 beendet werden,
3. sich vorwiegend auf Instandsetzung, Verbesserung und Vorkündigung vorhandener Anlagen oder auf die Förderung der Bodenkultur erstrecken,
4. die durch den Kapitalaufwand entstehenden Zukunftslasten rechtfertigen.

Es soll sich insbesondere um Arbeiten handeln, die aus Mangel an Geldmitteln bisher nicht ausgeführt werden konnten und auch in absehbarer Zeit aus Haushaltsmitteln voraussichtlich nicht ausgeführt werden können. Bei gleichwertigen Arbeiten sind Bezirke mit besonders großer Arbeitslosigkeit bevorzugt zu berücksichtigen.

Außer diesen allgemeinen Grundsätzen sind noch eine Reihe von Voraussetzungen in den Bestimmungen festgelegt, von denen die Gewährung des Darlehns besonders abhängt. Der Träger der Arbeit muß nach der voraussichtlichen Entwicklung von Wirtschaft und Finanzen in der Lage sein, die aus der Darlehnsaufnahme und der Ausführung der Arbeit entstehende zukünftige Belastung zu tragen. Das Darlehen darf nur für Arbeiten verwandt werden, für die es bewilligt ist. Die Arbeiten müssen den technischen Anforderungen genügen. Der Gewinn der Unternehmer, die, wie oben bereits erwähnt, in weitgehendstem Maße hinzugezogen werden sollen, ist auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Bei der Preisgestaltung ist die etwaige Zuteilung von Steuergutscheinen bei Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern besonders zu berücksichtigen. Soweit keine erhebliche Verteuerung eintritt, sollen alle Arbeiten durch menschliche Arbeitskraft ausgeführt werden. Es sind möglichst nur deutsche Baustoffe zu verwenden. Bei der Durchführung der Arbeiten müssen in weitestem Umfang Arbeitslose eingestellt werden, und zwar sind in erster Linie langfristig Erwerbslose, vor allem Kinderreiche und Familienernährer einzustellen. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sollen vor Krisen- und Arbeitslosenunterstützungsempfängern eingehtelt werden. Die bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigten Arbeitnehmer unterstehen den Bedingungen des freien Arbeitsvertrags. Die Arbeitszeit soll 40 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

## Kommunismus

Kommunismus ist Gemeinshaft. Seine reiflose Durchführung ist nur möglich durch innerlich freiwilligen Verzicht auf das naturgewachsene Individuelle in allen Beteiligten. Zwangsweise Durchführung bedeutet Unterdrückung im Naturgesetz begründeter Menschenrechte.

Die Umgestaltung eines großen Staatswesens nach kommunistischen Grundsätzen ist nur mit Gewalt möglich. Und nur mit Gewalt kann sie aufrechterhalten werden. Deshalb kann es in einem kommunistischen Staatswesen keine andere Staatsform wie die der Diktatur geben.

Durchgeführter Kommunismus ist Staatsallmacht, Entrechtung aller, Vereinerung aller Rechte der einzelnen auf den Staat. Ist Staatskapitalismus.

Kommunismus ist Riesenbürokratismus. Erzielt aller am Erfolg interessierten und risikotragenden Privatunternehmer durch ein ungeheures Staatsbeamtenheer.

Kommunismus ist Feindlosmachung aller. Uebertragung allen Besitzes auf den Staat.

Politischer Kommunismus ist Gottlosigkeit und muß es sein aus seiner Natur heraus. Gott hat den Menschen als Einzelpersönlichkeit und als Gesellschaftsweisen zugleich geschaffen.

Kommunismus in Reaktion, Gegenbewegung gegen eine naturwidrige, gottlose, ungerechte Ueberreibung des Individuellen, des Rechts des einzelnen, des entarteten Kapitalismus. Er überreizt und übertreibt die Dinge ins entgegengesetzte Extrem.

Gewerkschaftsstimme.

### Das Notwerk der deutschen Jugend

Der freiwillige Arbeitsdienst hat unter allen anderen Schwächen auch die Gefahr, daß die Jugendlichen nach Beendigung der Förderungszeit wieder der Arbeitslosigkeit überantwortet werden. Schon während des Arbeitsdienstes selbst wirkt die Unsicherheit vor dem, was nachher kommen soll, lähmend auf die gesamten Maßnahmen. Der Reichskommissar hatte bereits im vorigen Jahre eine Auffangorganisation für die aus dem freiwilligen Arbeitsdienst ausscheidenden Jugendlichen angekündigt. Sie ist nunmehr durch das Notwerk der deutschen Jugend geschaffen worden. Darüber hinaus soll das Notwerk dann auch die Sorge für jene Jugendlichen übernehmen, die vom freiwilligen Arbeitsdienst wegen seiner Beschränkung nicht erfasst werden können.

Das Notwerk der deutschen Jugend soll den jungen Menschen Möglichkeiten zur beruflichen Fortbildung und zur sonstigen geistigen und körperlichen Erziehung durch Unterricht und Sport geben. Es soll ihnen eine warme Mahlzeit verabreicht werden und außerdem sollen sie Gelegenheit haben, ihr Arbeitszeug zu erhalten und zu ergänzen. Die vier Stunden täglich, die die jungen Leute mindestens zusammengehalten werden sollen, sind aufzuteilen in zwei Stunden für Berufsbildung und zwei Stunden für allgemeinen Unterricht und Leibesübungen. Leider sind die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, außerordentlich gering, im ganzen 9 Millionen. Im einzelnen Fall wird täglich pro Kopf nur ein Betrag von 15 bis 25 Pf. zur Beschaffung eines warmen Mittagessens aus diesen Mitteln zur Verfügung gestellt. Die Zahlung dieses Zuschusses wird aber davon abhängig gemacht, daß weitere zusätzliche Beträge aus anderen öffentlichen oder privaten Mitteln bereitgestellt werden. Zur Durchführung des Notwerks sollen in den Bezirken aller Arbeitsämter lose Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, die in erster Linie den Gesamtplan aufstellen und die Aufgaben zu verteilen haben. Die Durchführung soll in erster Linie durch geeignete Organisationen, insbesondere Jugendorganisationen und Berufsverbände durchgeführt werden, außerdem ist an die Bildung freiwilliger Kameradschaften gedacht.

Es ist selbstverständlich, daß auch wir uns der Mitarbeit an diesem Notwerk nicht entziehen. Ueber die im einzelnen zu treffenden Maßnahmen sind die Verbandsangestellten wie auch die örtlichen Jugendführer durch ein Rundschreiben informiert worden. In erster Linie ist zunächst überall dafür Sorge zu tragen, daß wir zu den erwähnten Arbeitsgemeinschaften bei den Arbeitsämtern mit herangezogen werden. Ueber die sonst zu treffenden Maßnahmen sind die Richtlinien des genannten Rundschreibens zu befolgen.

### Unvertretbare Gegensätze

Einzelschicksale in Notzeiten sollen nicht zu Verallgemeinerungen ausgenutzt werden. Das Schicksal der 7-Millionen-Armee, die heute teils noch an den Arbeitsämtern, teils aber auch von ihnen bereits losgelöst ist, ist aber ein so tragisches, daß von ihm aus Schlussfolgerungen gewichtigsten Wert erhalten. Das Unrecht der Notverordnung vom 14. Juni ist durch die Winterhilfe nicht im entferntesten wieder gutgemacht worden. Nach wie vor besteht die geradezu aufreizende Tatsache, daß der Staat für Elemente, die in Gefängnissen und Zuchthäusern verwahrt werden, pro Kopf mehr aufwendet, als es heute im Durchschnitt für den Arbeitslosen geschieht. Gegen einen humanen und sozialen, dem Stand unserer Kultur entsprechenden Strafvollzug mit dem dringend notwendigen Ziel der Besserung ist nicht das Geringste einzuwenden. Die unterschiedlichen Zahlen werden aber zu einer Anklage gegen die heutige Befürsorgung der unfreiwillig Arbeitslosen. Auf den Kopf des Strafgefangenen umgerechnet betragen die Kosten für Erhaltung der Strafanstalten einschließlich Verwaltung und Personalaufwand 1929 = 2,91 M., 1931 = 2,40 M. pro Tag. Außerdem wurden aufgewandt für Verpflegung 201 M. im Jahr (bzw. rund 55 Pf. am Tag), für Bekleidung und Bettlager 32 M. (oder rund 9 Pf. pro Tag), für ärztliche Versorgung 19 M. (oder rund 5 Pf. pro Tag), im ganzen für diese drei Posten 252 M. (oder 69 Pf. pro Tag). Wenn eine siebenköpfige Arbeiterfamilie — unter diesen Status kann doch ein verantwortlicher Volkspolitiker den Stand der deutschen Familie nicht wünschen — beiseideneweise in diesen drei Bedürfniskapiteln nur dem Strafgefangenen gleichgestellt sein soll, dann müßte sie in der siebenköpfigen Woche ohne den Ertragsbeitrag für Miete, Heizung und Beleuchtung 33,1 M. bekommen! Nach Mitteilung einer großen Tageszeitung kommt der durchschnittliche Verbrauchsertrag für den einzelnen Arbeitslosen bzw. Angehörigen z. B. pro Tag auf 39 Pf. Wir sind uns der Schwierigkeiten einer finanziellen Gleichstellung auch ohne die verletzende soziale Gleichstellung durchaus bewußt. Wir wissen auch, daß für kurze Zeit im Einzelhausbau durch das Warten einer findigen Hausfrau günstiger gewirtschaftet werden kann als bei einem mit allen sachlichen und persönlichen Mängeln beladenen Staatskommunismus. Bei längerer Dauer der Arbeitslosigkeit wird aber das zulängliche Einkommen zu einer Gefahr, die sich beim einzelnen auf Ernährung, Bekleidung und Kultur erhebt und die für den Staat ihre besonderen Auswirkungen hat.

Stellt man den wirtschaftlichen Effekt der Gefange-

### Am 14. Januar 1933 ist der zweite Wochenbeitrag für das Jahr 1933 fällig.

nenarbeit vergleichsmäßig neben die Beträge, die der Arbeitsbeschäftigte in direkter oder indirekter Form für die Arbeitslosenversorgung aufzubringen hat, dann ergeben sich auch interessante Zahlen. Auf den Kopf des Gefangenen trug ein Arbeitsertrag pro Arbeitstag im Jahre 1930 von 97 Pf., im Jahre 1931 von 91 Pf. Dem Gefangenen wurden hiervon im ersten Jahr 24 Pf., im letzten Jahr 22 Pf. gutgerechnet. Auch diese Zahlen wirken, im Hinblick auf die Arbeitslosenbeiträge, wie die Entschädigung der Arbeitsdienstwilligen nicht gerade erhebend. Die Gleichstellung oder gar Geringerstellung des unerschuldeten Arbeitslosen mit den Strafgefangenen liegt sicher nicht im Sinne einer „gottgewollten Ordnung“.

### Schwache Sühne für das Einsturzver schulden beim Beuthener Hallenbad

Am 23. Oktober 1929 ereignete sich am Neubau des Beuthener Hallenbades ein schwerer Einsturz, der fünf Menschenleben und die gesundheitliche Schädigung von 18 Verletzten forderte. Nach langen Ermittlungen und Vernehmungen von Sachverständigen wurde am 20. Dezember 1932 das Urteil gefällt. Der Architekt und Mitinhaber der bauausführenden Firma wurde wegen Vergehens nach § 330 des Strafgesetzbuches zu 3000 RM. Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten (der andere Firmeninhaber und ein Polier) wurden freigesprochen. Die Beweisaufnahme

ergab, daß eigentümlicherweise leichtfertig statische Berechnungen unterlassen oder zu spät gemacht wurden, daß ein fertiger, baureifer Plan bei der Vergabe nicht vorlag und daß nach der praktischen Seite hin über die Abbindezeit und eine sachgemäße Ausschaltung der Betondecken ohne Beachtung der allgemeinen Bauregeln und im besonderen ohne Beachtung der Abbindezeit langsam bindenden Materials gehandelt war. Zu einer sicheren Feststellung, welcher der verschiedenen Baumängel zum eigentlichen Einsturzungsfall den letzten Anlaß gab, konnte das Gericht nicht kommen. Aus diesem Grund kam der verurteilte Architekt verhältnismäßig billig weg. Wenn den Verletzten und Hinterbliebenen auch mit einer Verstrafung der Schuldigen nicht gedient ist, so wird doch immerhin eine geringe Strafe und eine Erledigung nach so langer Zeit eigenartig empfunden und zu einer resoluten Auffassung in bezug auf Unfallschutz nichts beigetragen.

### Rundschau

#### Ein verdienstvoller Sozialpolitiker

Der ehemalige Reichsarbeitsminister Dr. H. Brauns vollendete am 3. Januar das 65. Lebensjahr. Dr. Brauns ist einer der Großen unter den deutschen Sozialpolitikern. In unermüdlicher Aufklärungsarbeit im Volksverein für das katholische Deutschland hat er das soziale Verantwortlichkeitsgefühl geweckt und gepflegt. Als Reichsarbeitsminister von 1920 bis 1928 hat er die durch die Inflation zusammengebrochene Sozialversicherung neu aufgebaut, unter seiner Regide wurde das Arbeitsgerichtsrecht und das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geschaffen. Wenn letzteres in den letzten Jahren im Streite der Meinungen stand, so darf als Ursache der finanziellen Schwierigkeiten niemals der katastrophale Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft vergessen werden. Wir wünschen dem verdienten Sozialpolitiker noch viele Jahre gesunden Schaffens!

## Für die Frauen

### Zum Beginn

Wenn diese Zeitung in die Hände der Mitgliederfrauen gelangt, ist das alte Jahr bereits in die Ewigkeit zurückgeglitten.

Wir aber stehen schon wieder mit festen Füßen mitten im Werktag des neuen Jahres, hinter dessen zukunftsverhangenen Schleieren wir alle Lichter einer besseren Zeit erhoffen.

Es ist gewiß leichter dahergeschrieben als danach gelebt und gehandelt, hoffnungstrotz und mutig zu sein bei Arbeitslosigkeit und knurrendem Magen. Und doch habe ich immer und immer wieder mit liebevoller Beglückung und nicht ohne innere Kühlung erlebt: Just die am schwersten tragen, sind meist die mutigsten Lebenskämpfer, die gläubigsten Streiter, die unentwegt Hoffnungsvollen.

„Durch!“ ist ihre Parole und darum schaffen sie es auch. Sie geben sich eben selbst nicht auf!

Daß gläubige Hoffnung die Kraft zum Willen stählt, erleben wir mit jedem neuen Tag. Zumal dort, wo liebevolle Hände immer wieder das Banner der Hoffnung aufrichten, liebevolle Herzen still und geduldig mit warten und tragen helfen.

Welch' schwere und doch beglückende Aufgabe der Frau, zart und energiegelock zugleich graue Spinnweb-schleier der Sorge mit Hoffnungstrahlenzimmer zu erschellen. Ein fröhlicher Blick, ein aufmunterndes Wort schafft ja so viel, reißt andere leicht mit und wirkt Wunder. Eine hoffnungsmutige Frau vermag durch die ihr innewohnende gläubige Kraft mehr aufzubauen, als zerwühlende Alltagsgedanken niederreißen.

Oh, es geht nichts über ein fröhlich Herz. Das ist ein Segen, für den man Gott nicht genug danken kann, und ein unersehliches Schicksalsklein.

Kann leicht kommen, daß einem beim Lesen dieser Zeilen erst mal die Augen darüber ausgehen, welchen Reichtum in seinen schlichten vier Wänden das Wunder schafft, dem grauesten Tag ein ansehnlich Gesicht zu geben!

Ist ja auch nichts getan mit Nachtrauern und Trübsalspinnen, unnötigen Worten und Herumstochern in Herzwunden.

Gehört nur Wille und Ueberwindung zum Frohsein, statt sich gehen, dem anderen zur Liebe zu sein, statt ihn die eigene Lebensenttäuschung ständig fühlen zu lassen. Desto leichter trägt sich alles.

Und wenn wir am Jahreschluß, ganz in aller Stille, abseits vom Silvestertrubel, dem Herrgott gegenüber unsere Jahresrechnung aufmachen, dann konnten wir alle miteinander ein Guthaben für jedes aufrichtende und hoffnungsmutige Wort buchen.

Das ist gleich ein guter Anfang für die kommenden zwölf Monate, da wiederum die Ehekameradschaft und echte Menschlichkeit das erste und letzte sein müssen, um Segen für die zukünftigen Tage zu erzielen.

Ueberträgt sich dieses echte Verstehen und Ineinandergehen, dieses Begreifen der Freuden und

Leiden, Sorgen und Nöte, Hoffnungen und Ziele, auch auf die Berufsfragen des Mannes und der heranwachsenden Kinder, dann kann's schon ganz und gar nicht fehlen.

Dann haben Mann und Kinder einen Hort, wo sie auch diese Dinge besprechen können, wo sie Verständnis finden und manches — manchesmal sogar guten Rat. Den anzunehmen sich kein aufrechter Mann zu scheuen braucht. Im Gegenteil!

Erleichtert es nicht das Zusammenleben in der Familie, das Gemeinschaftsleben unter den Berufskollegen, das Dasein als Volksgenossen und Staatsbürger, wenn die Frau bewußt und mit überzeugter Meinung zu allen diesen Fragen Stellung nimmt? Sie, die mitkämpft und unter dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches ebenso zu leiden hat wie der Mann und wie dieser am Wiederaufbau mit raten und raten will, hat das Recht und gleichermaßen die Pflicht, über Berufs- und Standesfragen, Gewerkschaft und Wirtschaftspolitik sowie Politik überhaupt Bescheid zu wissen.

Dieses Wissen und Verstehen, gemeinsames Beraten und Diskutieren über all die Dinge im Kreise der engsten Familie aber schafft erst die wahrhafte Lebenskameradschaft, die durch das geistige Band gefestigt wird.

Ganz abgesehen, daß doch eben die Not die Frauen zwingt zu lernen, wie man ihr steuert. Sonst ist Hoffnung nur ein Wort ohne Leben, Begriff ohne Willen.

Und darum: für das begonnene Jahr seien alle Kollegen zu ihren Frauen beglückwünscht, die so mit ihnen gehen, daß sie unter Umständen sogar zum Ansporn eines gesteigerten gewerkschaftlichen Lebens werden.

Für die Erfüllung vieler familiärer wie gewerkschaftlicher Wünsche ist die edle geistige Kameradschaft erste und innerste Voraussetzung! Grete Filling.

### Wissenswertes und Interessantes

Unsere Einfuhr an Südrüchten betrug im Jahre 1931 556 232 Tonnen. Wegen der Sperrigkeit dieser Güter mit 10 Tonnen gerechnet, ergäbe das 55 623 Eisenbahnwagen oder den Güterzug mit je 40 Wagen gerechnet 1390 Güterzüge.

Der Wert dieser Südrüchte betrug 211,82 Mill. RM. Wenn auch Südrüchte nicht ganz entbehrlich werden können, so ist immerhin aus diesen Zahlen ersichtlich, in welchem großen Maß die Hausfrau Wirtschaftspolitik oder Handelspolitik, je nachdem wie man es nennen will, durch Käuflichkeit oder inneres Reiselustlein beeinflusst kann. Hauptlieferanten für Südrüchte waren Spanien mit 72,3 Millionen und Italien mit 45,7 Millionen. In den Südrüchten zählten nicht nur Anisfäden.

Die Zahl der Mehrgeburten wird oft unterschätzt. Im Jahre 1930 kamen in Deutschland 13 567 Zwillinge, 121 Drillinge und einmal Vierlinge zur Welt.

Bei 395 127 abgeurteilten Verbrechern und Verbrecherinnen waren die Männer mit 516 572, die Frauen mit 79 555 Fällen beteiligt. Das ist ungefähr 7:5:1.

### Eine Fünftel-Milliarde für den Wohnungsbau

Diese erhebliche Summe hat mit der neuesten Zuteilung an ihre Sparer die bekannte deutsche Bauparkasse, die Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg, erreicht. In den letzten Tagen wurden nämlich erneut an 376 Bauparzer RM. 479.100 zugeteilt. Damit ist die Gesamtsumme in den acht Jahren ihres Bestehens auf RM. 201.210.357 gestiegen, die 13.666 Bauparzer zufallen. Diese 200 Millionen Mark repräsentieren annähernd die Hälfte alles bisher von sämtlichen noch arbeitenden Bauparkassen Erreichten. Mit dieser Leistung, der man Anerkennung zollen muß, ist ein verlässliches, krisenfestes Fundament für die zukünftige Entwicklung dieser ältesten Bauparkasse geschaffen. Mit ihr stehen bekanntlich eine Reihe bedeutungsvoller Organisationen wie die christlichen Gewerkschaften, Arbeitervereine, Bauproduktionsgenossenschaften usw. in einem freundschaftlichen Verhältnis.

### Die Lohnsumme im Baugewerbe 1932

Nach den Schätzungen der Bauergewerkschaften wird die reine Lohnsumme im Jahre 1932 800 Millionen RM. nicht überschreiten. Das Jahr 1931 wies noch eine Lohnsumme von 1.438 Milliarden auf. Im Jahre 1930 wurden 2.373 Milliarden, im Jahre 1929 3.133 Milliarden RM. Lohnsumme umgekehrt. Die Lohnsumme des Jahres 1932 liegt also auf rund 25 Prozent der des Jahres 1929. — Da die Löhne seit 1929 wesentlich gefallen sind, entspricht die gesamte Arbeitsbeschäftigung einem etwas höheren Prozentsatz.

### Indezahlen

Die verschiedenen Indezahlen dürfen nicht für die Einzelfälle des Lebens paar angewendet werden. Sie bieten aber einen allgemeinen Maßstab für die gesamte Entwicklung. Bei den Vergleichen zum Lebenshaltungsindex macht sich immer noch der Mangel bemerkbar, daß ein Index für die Aufwendungen des Arbeiters für Steuern und Sozialbeiträge im Vergleich zur Vorkriegszeit nicht besteht. Die Indezberechnungen für die Lebenshaltung, die Großhandelspreise, die Baukosten und die Baustoffe ergeben nachstehende interessante Zahlen:

	Lebenshaltung	Großhandel	Baukosten	Baustoffe
1913 .....	100	100	100	100
Januar 1932 ..	124.5	100	128.8	112.7
Dezember 1932	118.4	91.6	117.9	105.0
Höchster Stand	156.5	141.6	181.4	161.7
	(März 1929)	(Juli 1929)	(Sept. 1929)	(Okt. 1929)

### Verhalten und Kenntnisse nebensächlich, Muskulatur ausschlaggebend

Eine eigenartige, in deutsch nur mit dem Ausdruck roh zu bezeichnende Auslese von jugendlichen Arbeitern wurde auf der Zeche „Konstantus“ bei Essen vorgenommen. Als nach zweijähriger Ausbildung 15 junge Bergleute überflüssig wurden, wurde nicht nach Verhalten und Kenntnissen gefragt, sondern die jungen Leute wurden bei entblößtem Oberkörper auf die Muskulatur und den Knochenbau geprüft. Zeugnisse und Angaben der Arbeitsvorgesetzten sowie die sozialen Verhältnisse fanden keine Würdigung. — Die Methoden der Sklavenshalter in Afrika und der Pferdehändler in Deutschland, bei denen die Zähne und die Kruppe entscheiden, werden von den Trägern des „Dinut“ (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung) so offensichtlich geübt, daß auch den blödesten Berechnern dieser Ausbildungsform langsam ein Seifenfieder aufgehen muß.

### Auswirkungen der Bannot

Die niederländische Ziegelwirtschaft hat sich an den Reichspräsidenten gewandt und auf die große Notlage der Ziegelindustrie hingewiesen. Es wird dort gesagt, daß 40 Prozent der Ziegelerzeuger zusammengebrochen seien, weitere 40 Prozent sich im Vergleichsverfahren befinden und die restlichen Ziegelerzeuger nur zu 5 Prozent beschäftigt seien und vor einem ähnlichen Schicksal ständen. Die Arbeiter dieser Betriebe sei von besonderer Not betroffen, da keine andere Erwerbsmöglichkeit vorhanden sei. Auch hier wird um Maßnahmen zur Behebung der Bannot gebeten. Der Kampf auf Beseitigung oder wenigstens schnellen Abbau der Hauszinssteuer liegt im Gedankengang des Bürgertums ungefähr so, wie bei der Not der Landwirtschaft die Spekulationen des Großgrundbesitzes auch geistlich an die Spitze gestellt werden. — Eines von den vielen Beispielen für die Auswirkungen der Ausbeutung der Bauwirtschaft.

### Lohnnachrichten

#### Freizeitbau

Ein Schiedsgericht des Landesschiedsrichters, der eine Verlängerung des bisherigen Lohnvertrages bis zum 2. März vorschlägt, ist arbeitsbereits abgelehnt, arbeitsvertraglich angenommen. Die Verhandlung ist beantragt.

#### Schiffbau

Der Lohnvertrag soll grundsätzlich bis zum 2. März weiterlaufen. In einer Reihe von Orten wird über gewisse Veränderungen verhandelt. Die Verhandlungen hierüber laufen bereits.

#### Bauhandwerk

Die Allgemeine Bauhandwerkervereinigung des Reichs hat am 29. Juni 1932 in Bonn eine Versammlung abgehalten, an der die Delegierten der Kreisvereine in Thüringen und den Kreis Grafschaft Bentheim anwesend waren.

## Aus dem Verbandsleben

**Dortmund-Ost.** Unsere am 21. Dezember stattgefundene Monatsversammlung stand im Zeichen des wirtschaftlichen Kampfes. Kollege Ernst besprach die Verhandlungen zur Erneuerung des Lohnvertrages für das Baugewerbe. Die Bemühungen der Vertreter der Gewerkschaften und des Schlichters, die alten Löhne bis 2. März weiterlaufen zu lassen, wurden vom Arbeitgeberverband für Hochbaugewerbe dahin beantwortet, daß er durch Rundschreiben den Maurerlöhnen mit 80 Pf., den Bauhilfsarbeiterlöhnen mit 66 Pf. zu diktieren versuche. Unsere Antwort war der Streik. In Dortmund wurden drei Firmen gesperrt. Die Firma „Glückauf“ wird sich ihre eigenen Gedanken über die Arbeitgeberrolle machen, die ihr in Essen die Zahlung des alten Lohnes nicht beabsichtigt, in Dortmund bei den Bauten des „Deutschen Heimbaus“ sie aber als Sturmbod für den 80-Pf.-Lohn vorzöge. Der Kampf der Arbeitgeberverbände hat erneut bewiesen, daß nur eine starke Gewerkschaftsbewegung die Existenz der Arbeiterschaft sichern kann. Das Verhalten der Arbeitgeber hat dazu beigetragen, daß sich die Bauarbeiterschaft jetzt mit einer besonderen Aufmerksamkeit auf das Frühjahr zum Kampf vorbereitet. — Sodann wurde eingehende Auskunft über einige wichtige Rechtsfälle, besonders solche aus der Invalidenversicherung, gegeben. Gutgeheißen wurde der Vorschlag, gleich nach Neujahr mit Schulungsabenden für die Sozialversicherung Weihnachtsfeier bei den Mittelreidenbacher Kollegen.

Unsere Kollegen in Mittelreidenbach hatten es sich seit vielen Wochen zum Ziel gesetzt, durch eine Weihnachtsfeier den Erwerbslosen einige frohliche Stunden zu bieten, ihre Frauen mit dem Gewerkschaftswollen bekannt zu machen und die uns noch fernstehenden Berufsangehörigen für die christliche Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Diesem Streben ist ein schöner Erfolg beschieden worden. Nicht zuletzt durch die aufopferungsbereite Tätigkeit des Vorsitzenden, Kollegen Schmid, des Kassierers, Kollegen Müller, und einer Reihe weiterer Kollegen. Die Weihnachtsfeier fand am 26. Dezember statt. Die Beteiligung aus der ganzen Gemeinde war erfreulich. Kollege Jobst, Bad Kreuznach, würdigte den äußeren Anlaß und ging dann auf den Weihnachtsgedanken im breiteren ein. Liebe und Friede sind dessen stärkste Ausdrucksformen. Das Streben unseres Verbandes geht darauf hinaus, auch im Wirtschaftsleben diesen beiden Gedankengängen in der richtigen Weise dadurch zu dienen, daß auch der arbeitenden Volksschicht gerechte Lebensbedingungen zuerkannt werden. Von gesunden Lohnverhältnissen hängt manches im Familienglück und beinahe alles im Familienglück ab. Hier ist auch das materielle Interesse der Frauen an der Gewerkschaft nahe liegend. Ihr geistiges Interesse muß darin bestehen, mit den Männern gemeinsam für einen Gesamtaufstieg des Arbeitervolkes zu besseren Zuständen hinzuwirken. Vergegenwärtigen Sie sich dabei von den Frauen nicht werden, daß zur Schaffung einer starken Gewerkschaftsfront und zur Durchführung der gesteckten Ziele eine wöchentliche Beitragszahlung und auch die Schulung der Männer in den Versammlungen gehört. Mögen Sie immer bedenken, daß ihre treue Sorge um den Mann und die Familie in der Gewerkschaftsbewegung den besten Beistand findet. Bei der Beurteilung der geistigen Bewegungen unserer Zeit dürfen wir nicht vergessen, daß ein schrankenloser wirtschaftlicher Liberalismus zur Unterdrückung der Arbeiterschaft geführt und einen großen Teil von Arbeitsbrüdern dem christlichen und nationalen Glauben entfremdet hat. Diese wieder in die richtige Kampffront zu bringen, soll eine weitere Aufgabe von uns sein. — Daß in diesem Sinn fleißig gearbeitet war, bewies die Uebermittlung von Auszeichnungen an zwei Kollegen. Dem Kollegen Benz aus Kirchenbollenbach konnte die Werbenadel in Gold mit Urkunde, dem Kollegen Martin Müller das Werbeabzeichen in Silber mit Urkunde überreicht werden. Beide werden in gleicher Weise weiterwirken. — Ein flott gespieltes Theaterstück zeigte auch das Können der Kollegen auf diesem Gebiete. Die Feier wird als günstige Anregung für unermüdbare Werbearbeit und treues Zusammenhalten nachwirken.

**Von den christlichen Bauarbeitern in Dortmund.**  
Am 30. Dezember 1932 hielten die christlichen Bauarbeiter von Alt-Dortmund ihre letzte Versammlung im alten Jahre ab. Dieselbe trug den Charakter einer Familienfeier. Zahlreich waren die Kollegen mit ihren weiblichen Angehörigen der Einladung gefolgt. Der Vorsitzende, Ferdinand Kerkert, wies in seiner Begrüßung darauf hin, daß die letzte Versammlung im alten Jahr einen zweifachen Zweck hätte. Es solle Bericht über wichtige Angelegenheiten erstattet werden, jedoch Hände im Mittelpunkt die Ehrung der drei Verbandsjubilare, die 25 Jahre ununterbrochen dem Verband die Treue gehalten hätten. Ihnen galt ein besonderer Willkommensgruß. Die Jubilare waren: der Maurerpolier August Hartmann, der Dachdecker Josef Schauerer und der Maurer Jakob Brosch. Von der Verwaltung erstatteten Eruf und Leimbach Bericht über den Stand der Lohnbewegung im Baugewerbe, die die christlichen Bauarbeiter auf der ganzen Linie auf den Plan gerufen habe. Es wurde nochmals auf den Mitte Januar beginnenden Lehrgang der Arbeitsgemeinschaft der christlichen Bauhandwerkervereinigung in Rahmen der Volkshochschule der Stadt Dortmund hingewiesen. Lebhaftes Interesse weckte ein Bericht über die Tätigkeit der christlichen Arbeiterhilfe und über die aufstiegsversprechenden Zustände über die Allgemeine Ortskrankenkasse Dortmund. Der festliche Akt der Ehrung der drei Jubilare, deren Treue in einer Ansprache besonders gekennzeichnet wurde, erhielt seinen Höhepunkt in der Ueberbringung der Gläubigen der Verbandsinsignien. Die Silbernadel wurde den Jubilaren an die Brust geheftet und jedem ein prächtiges Ehren Diplom im Auftrag des Hauptverbandes überreicht. Namens der drei Jubilare dankte Schauerer. Aus seinen Ausführungenklang eine echte Ueberzeugung des christlich-nationalen Gewerkschaftlers und ein Appell an die Verbandsjugend. Die gemüthliche

Umrahmung war in einfachster Weise vortrefflich gelungen. Eine Gruppe der Werkjugend hatte sich selbstlos in den Dienst zur Verschönerung der Festversammlung gestellt. Ebenfalls verstand die Frau eines Verbandsmitgliedes es vortrefflich, die Gemüthlichkeit zu fördern. Echtes Bauarbeitererlebnis, die zum besten gegeben wurden, erzeugten Lachsalven. Wieder der Werkjugend und gemeinshaftliche Lieder trugen zur Gemüthlichkeit bei. Der Verlauf der Versammlung gab oft Anlaß dazu, bei den Frauen das Interesse für echte Gewerkschaftsarbeit zu wecken. Erste Verbandsarbeit und gemüthliches Zusammensein brachten erneut die feste Ueberzeugung, daß für die christliche Bauarbeiterschaft auch im neuen Jahre die Parole lautet, fest und treu zusammenhalten nach dem alten Sprichwort: „Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen.“

## Bücherschau

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund“ von W. Wiedfeld. 142 Seiten. Preis: 2,00 RM. — M. Antonietti 2,00 RM. — Zu beziehen vom Christlichen Gewerkschaftsverband, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Der Hauptgeschäftsführer des „Deutschen“, Kollege W. Wiedfeld, hat hier eine zusammenfassende Schrift herausgebracht, die Geschichte, Zweck und Ziel des DGB und der angeschlossenen Verbände behandelt. Für den älteren Gewerkschaftler ein Nachschlagewerk, für den jüngeren eine Geschichtsquelle, für alle ein notwendiger Leitfaden zur Kenntnis der organisatorischen Gliederung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. In einem Kapitel V werden die Grundzüge des DGB, Bekenntnis zum Christentum, zur interkonfessionellen Gewerkschaft, zur parteipolitischen Neutralität, zur Nation und zur Volksgemeinschaft in besonderen Abschnitten durchgeführt. Das Buch verdient besondere Empfehlung.

Unfallverhütungskalender. Der Kalender hat sich im Laufe der Jahre seinen Platz in einem großen Lesekreise erworben. Neben Ueberblick über die Berufsgenossenschaften, ihre Organisationen und Leistungen bringt er zeitgemäße Aufsätze über Gas- und Luftschutz und plastische Bilder, die seinem Namen, der Unfallverhütung, entsprechen. Preis bei 64 Seiten 14 Pf., bei größeren Bestellungen Ermäßigung. Zu beziehen durch „Unfallverhütungsbild G. m. b. H.“ Berlin W. 9, Köthener Str. 31.

Zusatzbuch für das Gaststättengewerbe mit Tagesmerkbuch für 1933. 256 Seiten Inhalt. Verlag: Bund der Hotel-, Restaurant- und Cafés-Angestellten U. G. Leipzig-G. 1, Johannistempel 4. Preis gut gebunden 1,25 RM. Das Büchlein enthält die wichtigsten gesetzlichen Vorschriften aus dem Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, weiter gibt es Auskunft über ungenügende Forderungen aus dem Gaststättengewerbe, sowie auf Fragen, die im täglichen Leben ständig auftauchen. Alles in allem, das Buch erzieht eine ganze Bibliothek.

Zusatzbuch des Guttenberg-Bundes für 1933. 53 Seiten Kalendarium und 48 Seiten Text. Preis broschiert 50 Pf., in Ganzleinen 1,20 RM. portofrei. Verlag des Guttenberg-Bundes, Berlin S. 42, Luisenauer 1. Der Inhalt weist sowohl in beruflicher wie auch in gewerkschaftlicher Beziehung die denkbar größte Mannigfaltigkeit auf. Die Entwicklung des deutschen Buchdruckgewerbes, seine Tradition, seine vorbildliche Lehrlingsordnung, Geschichte und Umfang der gewerblichen Sozialversicherung, Steuerfragen, das Arbeitsrecht usw. werden in langweiliger Form aufgezeigt. Man überreicht nicht, wenn man dies Büchlein ein praktisches Berufs- und Gewerkschaftslexikon nennt.

Für die Frauen: Marianne Fleischhauer. Fleischhauer ist nicht teuer. Billige, gesunde Kost im ganzen Jahr. Mit 350 Rezepten. Geleitet von Dr. med. H. Müller. 80 Seiten. Zu beziehen von Marianne Fleischhauer, Leipzig-Maria Theresien (Postfach Nr. 7355). Broschiert 1,25 RM., gebunden 1,80 RM.

Man dem Bekanntheit der wissenschaftlichen Fortschritt über die Vitamine sind viele vegetarische, Obst- und Rohkostbücher erschienen. Aber keines dieser Bücher nimmt auf die gegenwärtige materielle Notlage weiter Volksschicht in so eingehender Weise Rücksicht, wie die vorliegende Schrift. Sie gibt Anleitung zu einer Ernährung, die gesund macht, die gesund erhält und dabei überaus billig ist. Gleichzeitig stellt sie eine Fundgrube wohlsmackender und abwechslungsreicher Gerichte dar. Da sich die Verfasserin keiner einseitigen oder extremen Nahrung vertrieben hat — neben der Rohkost kommen auch feiner bereicherte Gerichte zu ihrem Rechte — werden die beigegebenen 350 Rezepte in jedem Haushalte Verwendung finden können.

Die besondere Bedeutung des Wertes liegt darin, daß es auch eine vollständige Einführung in die moderne Ernährungslehre gibt und dadurch beitragen wird, den Kampf gegen die Ernährungsstörungen wie Gicht, Verkalkung, Magenleiden, Stoffwechselleiden und Verstopfung aufzuheben. Eine Schrift, übrigens auch für die, die wenigstens fleisch-arm leben wollen.

### Sterbetafel

Am 30. Oktober 1932 starb infolge Lungenleiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege Matthias Henze aus Otbergen im Alter von 27 Jahren. Verwaltungsstelle Hildesheim.

Am 13. Dezember starb unser Mitglied, der Maurer Johann Schaller im Alter von 34 Jahren an Lungenleiden.

Am 15. Dezember starb unser Mitglied, der Stukkateur Andreas Kreuzer im Alter von 64 Jahren an Magentrebs. Verwaltungsstelle Amberg.

Am 18. Dezember verstarb nach längerem Leiden unser Gründungsmitglied Jakob Schmidt im Alter von 74 Jahren.

Ortsgruppe Berghausen (Walz). Am 31. Dezember 1932 starb unser treuer Kollege Maurer Anselm Breitenstein im Alter von 59 Jahren.

Ortsgruppe Kallmerode (Eichfeld). Ehre ihrem Andenken!

**Über 10000 Familien**  
besitzen seit Jahren unsere billigen Schuhe

1.2. Arbeitsstiefel  
naturbraun, Galtstiel  
leder, eisenschlagen **4.50**

Berlangen Sie kostenlos den  
neuen reichhaltigen Prospekt  
Ganz gratis, unbeschadet der  
Postgebühren

**Dr. J. Schmitt**  
Postfach 112  
Bielefeld 11

**Kauft bei unseren Inserenten!**

Möbel-Kamerling  
N. Kastanienallee 54,  
Ecke Fehrbellinerstr.  
Speise-, Schlaf-, Her-  
renzimmer, Küchen, Zu-  
rückgenom. Zim. u.  
Fr. Polier-, Beiz- u.  
Polstermöb. - Werkst.  
Kassa u. Teilzahlung.

**Alles billiger!**  
Werbegläser gratis.  
Schöne Werbeprospekte  
gegen 1. Markt 124.